

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 15 24. Juli 1996

➔ **Feldzug gegen Washington** Seite 2

In den Vereinigten Staaten gibt es über 800 rechtsextreme Gruppen mit rund fünf Millionen Sympathisanten. Paramilitärische Milizen üben sich im bewaffneten Kampf gegen die amerikanische Regierung.

➔ **Wie Rechte Zeitung machen** Seite 4

Ein Insider berichtet über merkwürdige Gepflogenheiten im Hause Dr. Gerhard Frey, dem Verleger der „Deutschen National-Zeitung“.

➔ **Schändliche Attacke** Seite 6

Wegen ihres Namens mußte die Initiatorin der „Jüdischen Musiktage“ in Dorsten eine ungeheuerliche Schmähung durch den Münchner Professor Michael Wolffsohn ertragen.

➔ **NPD-Nachwuchs im Aufwind** Seite 10

Die „Jungen Nationaldemokraten“ gewinnen im juvenilen rechtsextremistischen Lager zunehmend an politischer Bedeutung.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Der Feldzug gegen Washington:

Haß ist ihr Programm

In den Vereinigten Staaten gibt es über 800 rechts-extremistische Gruppen mit einer geschätzten Sympathisantenzahl von fünf Millionen. Die paramilitärischen Milizen, die sich meist aus weißen Mittelstandsbürgern zusammensetzen, ziehen gegen die amerikanische Regierung, die angeblich die Grundrechte der Bürger beschneidet, zu Felde.

Anfang des Monats Juli wurden im US-amerikanischen Bundesstaat Arizona Mitglieder einer „Viper-Miliz“ verhaftet, die Terroranschläge gegen mehrere öffentliche Gebäude geplant hatten. Wenige Tage zuvor ergaben sich in Jordan im Bundesstaat Montana Mitglieder der „Freemen-Miliz“, die sich zuvor auf einer Ranch verschanzten. Sie hatten sich staats- und bankenfeindlichen Ideologien verschrieben. Im Oktober vergangenen Jahres entgleiste bei Phoenix in Arizona der Langstreckenzug „Sunset Limited“. Als mutmaßliche Zug-Attentäter gelten Millizionäre einer Gruppe namens „The Sons of Gestapo“. Die schlimmste Terrorat in der Geschichte der USA bildet der Bombenanschlag von Oklahoma (19. April 1995). Ausgeführt wurde er von dem 27jährigen Ex-Soldat Timothy J. McVeigh, der im Golfkrieg zu jener Spezialeinheit gehört hatte, die General Schwarzkopf bewachte. Er unterhielt enge Kontakte zur „Michigan Miliz“ (Eigenangabe: 12.000 Mitglieder) des Baptistenpredigers und Waffenhändlers Norman Olson.

Grundrecht auf Waffenbesitz

In den USA agieren derzeit über 800 rechtsextreme Gruppen mit ca. fünf Millionen Sympathisanten. Die Milizen selbst, paramilitärische Vereinigungen meist weißer Mittelklassebürger, geben die Zahl ihrer Gefolgsleute mit 200.000 bis 300.000 an. Experten schätzen, daß etwa 20.000 Männer und Frauen an ihren Wehrübungen teilnehmen. Geübt wird für den Feldzug gegen Washington; für den Kampf gegen den Kommunismus und Bill Clinton. Die Milizen, deren Weltanschauung ein Gemisch aus Neonazitum, Überlegenheitswahn, Militarismus und religiös verbrämten Rassismus bildet, fühlen sich als moralische Mehrheit in ihrem Land. Eigen ist allen Milizen auch eine Wehr- und Hei-

matromantik sowie eine anarchistische Staatsfeindlichkeit, die sich überwiegend gegen die Autorität der Bundesregierung richtet. Diese wolle, so lehrt die Verschwörungsideologie der Milizen, im Verbund mit der UNO eine „Neue Weltordnung“ errichten und die Freiheit der Amerikaner beschneiden. Gefaselt wird von der Idee eines Komplotts der US-Bundesbehörden gegen die individuellen Freiheitsrechte der Amerikaner. Man beruft sich hierbei auf Henry David Thoreau (1817 bis 1862), dessen Hauptwerk „Walden“ als die Bibel des amerikanischen Individualismus gilt. Heilig ist den Milizen und der kooperierenden Waffenlobby „National Rifle Association“ das verfassungsmäßig verbürgte Recht auf Schußwaffenbesitz. Permanent wird der zweite Zusatzartikel der Verfassung, in dem dieses festgehalten ist, zitiert: „Eine gut geordnete Miliz ist Voraussetzung für die Sicherheit eines freien Staates, das Recht der Bürger, Waffen zu besitzen und auch zu tragen, ist unverzichtbar.“ Offensiv gehen die Milizen gegen Sozialversicherungsabgaben und Gesetze zum Umweltschutz, gegen militärische Interventionen in fremde Länder, gegen GATT und andere Freihandelsverträge an. Hartnäckig weigern sie sich Steuern zu zahlen. Steuer ist für sie nur ein anderes Wort für Staatswillkür und Perversion der Verfassung.

Feindbild „zionistische Ersatzregierung“

Die Milizen sehen sich in der Tradition der amerikanischen Gründerromantik - es waren Milizen, die am 19. April 1775 mit den Gefechten von Lexington und Concord den amerikanischen Freiheitskrieg gegen die englische Kolonialmacht begannen und die Unabhängigkeit gegen den Britenkönig erstritten. Dieser Tag bildete den Startschuß zum Unabhängigkeitskrieg gegen die britischen Kolonialherren. Heute nun, so die von Haß, Gewalt und Paranoia geprägten Milizen, werde die Freiheit von innen bedroht: die Gegner sind Liberale, Atheisten, Politiker, Washington, der Präsident ...

Als Bibel der Milizen gilt das Werk „The Turner Diaries“ des ehemaligen Physikprofessor William Pierce, das dieser, heute Kopf der Neonazi-Gruppe „National Alliance“, 1978 unter dem Pseudonym Andrew MacDonald veröffentlichte. Der korrupten Gesellschaft, in der er lebt, überdrüssig geworden, beschließt der Held des Pierce-Werkes, Earl Tur-

ner, Mitglied einer geheimen Truppe zu werden und mit ihr die Welt zu verbessern. Er bewährt sich bei der Erfüllung eines paramilitärischen Auftrages (frappierende Ähnlichkeit mit dem Anschlag in Oklahoma). Feindbild ist „ZOG“, das „Zionist Occupational Government“, also die „zionistische Besatzungsregierung“ in Washington. Geworben wurde für „The Turner Diaries“ auch im bundesdeutschen Neonazi-Lager; so u.a. im Thule-Mailbox-Verbund.

Kontakte der Milizen reichen tief hinein ins militant neonazistische Lager, u.a. zum „Ku-Klux-Klan“, zu „Aryan Nations“ und zu „Christian Identity“ (diese lehren, daß anglo-sächsische und germanische Völker die „zehn verlorenen Stämme“ Israels seien und daß Gott die Rassentrennung vorschreibe).

Führerloser Widerstand

Gehuldigt wird im Milizen-Spektrum der Strategie der „Leaderless Resistance“. Architekt der 1992 konzipierten Terrorstrategie ist der notorische Rechtsextremist Louis Beam. Beam war ehemals „Großer Drache“ der „Knights of the KuKlux-Klan“ (KKKK) in Texas und machte sich bereits 1983 für die Einrichtung des Computernetzwerkes „Aryan Nations Liberty Net“ als Propagandainstrument der Gruppe „Aryan Nations“ stark. So heißt es in der „Leaderless Resistance“ u.a.: „Nach der Strategie des führerlosen Widerstands operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie bei einem zentralen Hauptquartier und Einzelführer nach Anweisungen. ... Die Teilnehmer in einem Programm des führerlosen Widerstands durch Phantomzellen oder individuelle Aktionen müssen genau wissen, was sie tun und genau, wie sie es tun.“ Abrufbar ist der Text „Leaderless Resistance“ auch bei „The Aryan Crusader's Library“ (früher CyberHate; Betreiber ist der Neonazi Austin Reuben Logsdon) im INTERNET.

Die Neuen Medien werden eifrig von den Ewiggestrigen als Spielwiese ge- und benutzt; sei es das INTERNET oder auch Fax-Netzwerke. Besonders beliebt zur Verbreitung rassistischen Hasses ist das Radio („hate-radio-Talkmaster“).

Als Fanal rechtsextremer Amerikaner gilt der FBI-Einsatz gegen die Weltuntergangssekte des David Koresh in Waco/Texas am 19. April 1993. Spätestens seit diesem Tag, so die Milizen, sind die

Konturen eines totalitären Obrigkeitsstaates an das Licht der Öffentlichkeit getreten. Koresh gilt, ebenso wie der Neonazi Randy Weaver (Anhänger der „Aryan Nations“ aus Idaho), der sich im Sommer 1992 Waffengefechte mit der Polizei lieferte, wobei seine Frau und sein Sohn starben, als Freiheitskämpfer. Seither heißt es bei den Milizen, die als reaktionäre Spitze einer Revolte anzusehen sind, die bis in weite Teile des weißen Mittelstandes reicht, daß Washington Patrioten morde.

Anton Maegerle

Zwischenruf

Neue Propyläen-Geschichte

Den Schaden hat der Berliner Ullstein-Verlag, der das Zusammenspiel zwischen Lektor Rainer Zitelmann mit dem neurechten Göttinger Studienrat Karlheinz Weißmann - noch unter dem rechten Münchner Verleger Herbert Fleissner - nicht rechtzeitig verhinderte. Denn nicht nur war es dem Renommee des alten Verlagshauses abträglich, daß in der wichtigen Reihe „Propyläen Geschichte Deutschlands“ ausgerechnet ein ausgewiesener Vertreter einer Richtung, die Deutschland zu neuem, nationalen Ruhm verhelfen will, mit der Bearbeitung des wichtigen neunten Bandes über die Nazi-Zeit betraut wurde. Nicht nur schadete die öffentliche Diskussion, schien doch hier der Bock zum Gärtner gemacht worden zu sein. Es kam hinzu, daß der Band seinen ausgewiesenen Fachmann für neuere deutsche Geschichte als Bearbeiter verdient hätte, zumal der Autor wegen seiner Einseitigkeit außerdem ein denkbar schlechtes Buch vorlegte. Der Ullstein-Verlag hat nunmehr reagiert und den Band aus dem Programm genommen. Der Verlag sah sich genötigt, Weißmann zudem eine Abfindung zu zahlen und muß nun nach einem neuen Bearbeiter suchen. Überrascht hat allerdings die Mitteilung, daß der Herausgeberkreis auch den für den fehlenden zehnten Band über die deutsche Nachkriegsgeschichte vorgesehenen Politikprofessor Jesse gleichfalls von seiner Aufgabe entbunden hat. Von Kritikern wurde Jesse verschiedentlich eine gelegentlich zu einseitige Ausrichtung vorgehalten. Hier bleibt abzuwarten, wie die Bundeszentrale für politische Bildung diese Entscheidung aufnimmt, gehört doch Jesse zu deren prominentesten Autoren, wenn es um den politischen Extremismus geht.

KHR

Im Inneren des Frey-Imperiums:

Wie Rechte Zeitung machen

Der 63jährige Multimillionär Gerhard Frey, Vorsitzender der „Deutschen Volksunion“, ist der einflußreichste rechtsextremistische Verleger in Deutschland. Seine Periodika - die „Deutsche National-Zeitung“ und die „Deutsche Wochen-Zeitung“ - gelten als wirkungsvolles Propaganda-instrument. Die Auflage der beiden Wochenzeitungen hat in den letzten Jahren allerdings deutlich abgenommen. Nach Angaben des Bayerischen Innenministeriums liegt die wöchentliche Auflage der „National-Zeitung“ derzeit bei etwa 35.000, von der „Deutschen Wochen-Zeitung“ werden pro Woche circa 20.000 Exemplare gedruckt.

Ein 27jähriger Nürnberger, der von August 1987 bis Mitte 1988 als Redakteur für die „National-Zeitung“ gearbeitet hat, berichtet inzwischen freimütig aus dem Innenleben des Frey'schen Imperiums. Jörg Fischer, heute ÖTV-Mitglied und Betriebsratsvorsitzender einer Altenpflegeeinrichtung, war im Jahr 1987 von Gerhard Frey gefragt worden, ob er bei der „National-Zeitung“ mitarbeiten wolle. Für Fischer, der vorher nur in Schülerzeitungen und Verbandsmitteilungen der „Jungen Nationaldemokraten“ publiziert hatte, war der Arbeitsvertrag als Redakteur ein verlockendes Angebot - zumal er, wie er berichtet, von Frey auch kostenlos eine Drei-Zimmer-Wohnung in München-Schwabing gestellt bekam.

Redaktion schreibt Leserbriefe

Was Jörg Fischer in München kennenlernte, hatte mit Journalismus so gut wie nichts zu tun. „Von journalistischer Recherche“, so Fischer, „konnte überhaupt keine Rede sein.“ Die Zeitungen - damals gab Frey noch eine dritte Wochenzeitung, den „Deutschen Anzeiger“ heraus - hätten permanent von sich selbst abgeschrieben. „Wenn ich damals etwas ‘recherchiert’ habe - beispielsweise über Willy Brandt - dann bin ich einfach ins Archiv gegangen und habe die Artikel herausgesucht, die über Willy Brandt schon veröffentlicht waren, habe die alten Angriffe und Vorwürfe übernommen und einen kurzen aktuellen Vorspann dazu geschrieben. Das war die gängige Vorgehensweise, sonst hätten es fünf Leute gar nicht geschafft, jede Woche drei Zeitungen voll zu bekommen.“

Wie Jörg Fischer berichtet, war das Zeitungsmachen im Hause Frey strikt reglementiert. „Redaktionskonferenzen gab selbstverständlich nicht ... Frey bestimmt was drin steht, Frey muß es genehmigen.“ Eine wichtige Aufgabe der Redakteure war, die von Frey verlegten Bücher vorteilhaft darzustellen und möglichst oft zu erwähnen sowie für Freys deutsch-nationalen Devotionalienhandel zu werben. „Im Endeffekt“, so Fischer heute, „sind die Frey-Zeitungen wöchentlich erscheinende Versandhauskataloge.“

Der Leser - für die Redakteure der „National-Zeitung“ war das zum einen der Angehörige der sogenannten Erlebnisgeneration, dem man Balsam auf seine Wunden schmieren konnte, zum anderen sollten Kunden und Vereinsmitglieder gewonnen werden. Den Lesern wurde ein regelrechter Personenkult um Gerhard Frey vermittelt. Jörg Fischer: „Es gab in der Redaktion auch Kollegen, die damit beschäftigt waren, Leserbriefe zu schreiben. Die Leserbriefseite war und ist eine inszenierte Beweihräucherung des Herausgebers.“

Nach seiner Tätigkeit bei der „National-Zeitung“ war Fischer freier Mitarbeiter diverser rechtsextremistischer Publikationen und Funktionär in verschiedenen Organisationen. Anfang der 90er Jahre kamen ihm erste Zweifel, die Ende 1991 zu seinem Ausstieg aus der rechten Szene führten. Heute gesteht sich Fischer ein, daß auch er Mitverantwortung trägt für Gewalt gegen Ausländer, für Brandanschläge und Pogromstimmung. „Die ‘National-Zeitung’ wirkt in ein gesellschaftliches Stimmungsbild hinein, aufgrund dessen diese Gewalttaten erst möglich wurden. Sie zeichnet ein Bild, in dem die Ausländer wie Heuschrecken nach Deutschland hineinfluten und den Deutschen die Arbeit, die Wohnungen und die Sitzplätze in der U-Bahn wegnehmen“. Nach Fischers Ansicht lieferte die „National-Zeitung“ damit den Gewalttätern von Mölln, Solingen und Rostock eine moralische Rechtfertigung für ihre Übergriffe und Anschläge.

Trotz zurückgehender Auflage warnt Fischer davor, die „National-Zeitung“ zu unterschätzen: Sie diene nicht nur der Geldbeschaffung für das Frey'sche Imperium, sondern wirke motivierend und mobilisierend für das rechtsextreme Spektrum und sei - wegen ihrer einfachen Zugänglichkeit - von logistischer Bedeutung.

Rainer Heubec

KOMMENTAR

Schatten über Mecklenburg

50 Jugendliche, bewaffnet mit Baseballschlägern, Stahlrohren und Eisenringen, teils in der für die rechte Szene typischen Aufmachung, überfielen mit „Heil-Hitler-Rufen“ in der Nacht zum 13. Juli 1996 eine Jugendgruppe aus Kleve, die sich auf einem Zeltplatz in Leisten bei Plau am See aufhielt. Vorangegangen soll ein Streit bei einer Geburtstagsfeier sein. Sechs Betreuer wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt und mußten stationär behandelt werden. Ein 70 Personen starkes Kommando der Polizei nahm 48 der Angreifer, darunter sieben Frauen, fest. Eine Reichskriegsflagge, ein Gürtel mit Hakenkreuzen fanden sich. Gegen sechs Beteiligte wurden Haftbefehle erlassen, die in drei Fällen jedoch außer Vollzug gesetzt wurden. Ähnliche Überfälle, über die Mecklenburg-Vorpommerns Ferienindustrie seit 1994 klagt, fanden an diesem Wochenende in Binz auf Rügen und in Rostock statt.

Inzwischen haben Camper am Plauer See ebenso wie die Jugendgruppe ihren Urlaub beendet, andere Gruppen suchten sich neue Urlaubsquartiere. Die Vorfälle haben einen heftigen Streit unter den Parteien ausgelöst. PDS und Bündnis 90/Die Grünen verlangten Sondersitzungen des Landesparlaments, die SPD sieht einen Zusammenhang zwischen den durch das Sparpaket der Bundesregierung bedingten Kürzungen gerade bei jugendpolitischen Maßnahmen. Unterdessen war der Vertreter des Innenministeriums, Staatssekretär Letzgus, bemüht, den Schaden zu begrenzen und den Urlaubern zu versichern, daß es sich um Einzelfälle handelt, die die Sicherheit eines Urlaubs in dem ohnehin wirtschaftlich gebeutelten Mecklenburg-Vorpommern nicht beeinträchtigen. Es dürfte schwer fallen, diese Überzeugung allen Urlaubern zu vermitteln, die sich die Seen und Strände des Landes als Urlaubsziel auserkoren haben. Schuld

darin ist mit Sicherheit auch das nicht stets überzeugende Agieren der Behörden. So sagen Kritiker, auf die seit 1994 beobachteten Ausschreitungen der von Arbeitslosigkeit im besonderen Maße betroffenen mecklenburgischen Jugend sei bis heute kein Konzept gefunden worden. Es wird zu recht auf den Freistaat Sachsen verwiesen, der nach der Wiedervereinigung Schwerpunkt rechtsextremer Agitation war. Ausschreitungen insbesondere bei Fußballspielen waren an der Tagesordnung.

Mit der Errichtung der SOKO Rex ist es der Landesregierung Sachsen überzeugend gelungen, das Problem in den Griff zu bekommen. Während bundesweit rechtsextreme Gewalttaten deutlich zurückgingen (vgl. BNR 12/96), ist in Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Jahr ein Anstieg um ein Drittel registriert worden (1994: 483 - 1995: 644). Bei dem sinnvollen Versuch der Sicherheitsbehörden, mit Beherbergungsunternehmen zu kooperieren, hat das Landesamt für Verfassungsschutz kein großes Einfühlungsvermögen gezeigt: die Aufforderung an Campingplatzunternehmen, alle „Buntgescheckten, Punker oder Langhaarigen zu melden“ ließ nicht gerade auf Sachkunde bezüglich jener Rechtsextremisten schließen, die für die Überfälle verantwortlich zeichneten. Auch die widersprüchlichen Erklärungen der Polizei nach dem Überfall hinsichtlich des politischen Hintergrundes zumindest einiger Mittäter, wurden begreiflicherweise als Versuch der Vertuschung verstanden. Inzwischen scheint bei den Verantwortlichen mehr Realismus bei der Lagebeurteilung und die Bereitschaft zum nachhaltigen Tätigwerden eingekehrt zu sein. Bleibt der bittere Nachgeschmack, daß dies wieder einmal erst der Fall zu sein scheint, wenn wirtschaftliche Interessen tangiert sind. Ähnliches erlebten wir nach 1990, als angesichts einer Welle von rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland Investitionszusagen, vor allem aus dem Ausland, zurückgenommen wurden. Uns sollte mehr bekümmern, daß Jugendliche um ihre Zukunft betrogen werden und man Gefahr läuft, sie vor die Hunde gehen zu lassen. Klaus Henning Rosen

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Zur Diffamierung des Jüdischen Museums Dorsten:

Schändliche Attacke

„Wieso“, fragt der Kölner Sprachwissenschaftler Prof. Dietz Bering in dem Handbuch „Antisemitismus - Vorurteile und Mythen“ „erfreut sich die Namensattacke einer derart allgemeinen Verbreitung?“ Seine Antwort: „Sie funktioniert problemlos, wird von jedem (weil er selber einen Namen zu verteidigen hat) ziemlich gut beherrscht, vor allem bestens verstanden.“ Auch die Nazis bedienten sich dieser Erkenntnis. Deutsche Juden mußten in ihren Personalpapieren den Vornamen Israel tragen, Jüdinnen hießen gezwungenermaßen Sara. Es war eine von vielen Maßnahmen, Juden ihre Individualität, ihre Unverwechselbarkeit zu nehmen.

In Dorsten am nördlichen Rand des Ruhrgebiets gibt es seit vier Jahren das „Jüdische Museum Westfalen“. Träger ist der 1987 gegründete private „Verein für jüdische Geschichte und Religion e.V.“ Mehr als 36.000 Besucher konnten bisher gezählt werden. Die Gäste bleiben oft einen ganzen Tag lang. Sie kommen in Bussen aus dem Revier und dem Münsterland. Für die Stadt Dorsten bildet das Museum eine wertvolle Bereicherung ihres Kulturlebens. Johanna Eichmann ist Vorsitzende des Gründungsvorstands. Sie ist stolz darauf, kürzlich durch „Jüdische Musiktage“ ein breites, vor allem junges Publikum erreicht zu haben. Schirmherr war der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, der schrieb: „Natürlich helfe ich mit, wo ich kann, den jüdisch-christlichen und den deutsch-israelischen Dialog zu unterstützen...Ich wünsche der Veranstaltung einen reibungslosen und erfolgreichen Verlauf.“ Raus Wunsch ging in Erfüllung, besonders mit dem Stück „Schalom, Adolf“. Hans-Peter Minetti las aus Hitlers „Mein Kampf“, dazu spielte die österreichische Klezmer-Gruppe „10 saiten 1 bogen“ jiddische Lieder - ein unter die Haut gehender Kontrast. Wegen der Beteiligung der Klezmergruppe wurde die Inszenierung auch vom österreichischen Botschafter unterstützt.

Eine große Tageszeitung schrieb nach einer Aufführung für Schüler als Workshop: „Ja, ungefähr so kann es damals losgegangen sein. Und gerade für uns Nachgeborene mag diese erste Erkenntnis

einen heilsamen Schock bedeuten. Hatten wir doch nie verstanden, wie dieses geifernde Pathos, dieses Geschrei und Gebrüll aus den Nazilautsprechern jemals anders als abstoßend oder lächerlich klingen konnten. .. Nun ist die Vernichtungshetze für sich genommen schon schwer genug zu ertragen, doch die Klezmer-Gruppe steigert den Horror noch: Wie zärtliches Kindergeplapper klingt die Geige neben den Haßtiraden vom Rednerpult. Dann wieder malt das Trio ein hinreißend buntes Bild von dieser Kultur, singt, schluchzt, jubelt von dem, was da ausgelöscht werden soll - und fast völlig ausgelöscht wurde. Aufwühlend ist das, wirft den Zuhörer in ein Wechselbad der Gefühle. Mit-tendrin reißt die Begleitmusik zum Mitklatschen, sogar zum Lachen mit - schon vor der nächsten Textstelle bleibt es im Hals stecken. Zurück bleibt die Trauer über das, was der Welt durch den Rassenwahnsinn verloren ging. Für die Schüler war die Veranstaltung als Workshop organisiert - als Lehrstunde war sie sicher weit effektiver als manche noch so klug vorbereitete Unterrichtseinheit.“ Die Öffentlichkeit war ebenfalls voll des Lobes und der Anerkennung - für die beteiligten Künstler wie für Johanna Eichmann vom Vorstand des „Vereins für jüdische Geschichte und Religion“.

„Verzicht auf intellektuelle Redlichkeit“

Dennoch gab es eine kritische Stimme - freilich nicht aus dem Ruhrgebiet sondern aus dem fernen München:

„Sehr geehrte Frau Eichmann, mit größter Verwunderung las ich das Programm der Jüdischen Kulturtage. Besonders wegen des Rezitierens aus 'Mein Kampf'. Hitler also als Teil der jüdischen Kultur? Auch das noch. Es bleibt einem nichts erspart. Gewiß sind Sie nicht mit eben jenem Eichmann verwandt, denn auch nicht alle Eichmanns sind verwandt. Selbst wenn Sie mit ihm verwandt wären, gilt keine 'Sippenhaftung'. Aber das ganze liest sich so assoziativ nun doch dadurch besonders makaber.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wolffsohn“

Wolffsohn ist bekanntlich Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München. In der jüdischen Gemeinschaft der Bundesrepublik gehört er zu den besonders umstrittenen Leuten. Als er sich 1993 auf Vorschlag der CSU auf den Posten des Kulturreferenten der Stadt

München bewarb, begründete er diese Kandidatur u.a. damit, es „wäre ein guter Akzent, wenn in der ehemaligen Hauptstadt der Bewegung ein Kandidat jüdischen Glaubens Kulturpolitik mitgestalten könnte.“ Kurt Sontheimer überschrieb in der Süddeutschen Zeitung seine Rezension des jüngsten Wolffsohnbuches „Die Deutschland-Akte“ unzweideutig mit „Verzicht auf intellektuelle Redlichkeit“. Wieviel München erspart geblieben ist, hat Wolffsohn jetzt mit seiner Schmähung einer verdienstvollen Frau namens Eichmann unüber-
trefflich bewiesen. Namensattacke 1996 Wolffsohn contra Eichmann null zu eins für Eichmann.

Heiner Lichtenstein

PERSONALIEN

Rechtsextremer Publizist verstorben

Adolf von Thadden, der Ex-Vorsitzende der NPD, ist in Bad Oeynhausen verstorben. Am 7. Juli hatte der rechtsextreme Publizist und Mitherausgeber von „Nation+Europa“, der seine letzten Jahre auf den Kanarischen Inseln verbrachte, noch seinen 75. Geburtstag gefeiert. Thadden war von 1949 bis 1953 Abgeordneter der „Deutschen Rechtspartei“, später umbenannt in „Deutsche Reichspartei“, einem Sammelbecken für ehemalige NSDAP- und Wehrmachtsangehörige, im ersten deutschen Bundestag und von 1955 bis 1959 Landtagsabgeordneter in Niedersachsen. Für die 1964 als Nachfolgeorganisation gegründete „Nationaldemokratische Partei“ (NPD) saß von Thadden von 1967 bis 1971 im niedersächsischen Landtag. Von 1967 bis 1971 war von Thadden Vorsitzender der NPD, die er 1975 verließ.

Französischer Kriegsverbrecher tot

Der als Kriegsverbrecher verurteilte Nazi-Kollaborateur Paul Touvier ist im Alter von 81 Jahren in einem Gefängnis in der Nähe von Paris gestorben. Touvier war während des Zweiten Weltkriegs Geheimdienstchef der Miliz von Lyon. Im April 1994 wurde Touvier wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zweiten Weltkrieg zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Schwurgericht in Versailles befand Touvier für schuldig, im Juni 1944 die Erschießung von sieben jüdischen Geiseln befohlen zu haben. Touvier konnte sich nach dem Krieg fast 45 Jahre lang mit Unterstützung von katholischen Kreisen versteckt halten, im Mai 1989 wurde er in einem Kloster in Nizza gefaßt.

Das 150. Jubiläum

Die Vierteljahresschrift „CRITICON“ (vom gr. Krisis = Scheidung, Unterscheidung, Urteil) feiert in diesen Tagen die 150. Ausgabe ihres Heftes. „CRITICON“ (erscheint im gleichnamigen Verlag in München) orientiert sich wie die „Junge Freiheit“ (Autoren-, Unterstützer- und Sympathisantenkreis überschneiden sich) eng am Ideengut der sog. „Konservativen Revolution“, einer präfaschistischen Strömung in der Weimarer Republik.

Die erste CRITICON-Ausgabe erschien im Juli 1970. Gegründet wurde das Blatt von Caspar von Schrenck-Notzing, der auch heute für den Inhalt und den Anzeigenteil verantwortlich zeichnet. Wie kein anderer, sieht man von Schrenck-Notzing ab, hat der in München lebende Schweizer Armin Mohler, der ihm erstmals im Dezember 1952 begegnet war, CRITICON geprägt. Er brachte die Zeitschrift in die Nähe der französischen „Nouvelle Droite“ und ihres Chefideologen Benoist, dem er sich „freundschaftlich verbunden“ fühlt. Über Frankreich rückimportierte Mohler, von 1964 bis 1985 Geschäftsführer der Münchner Siemens-Stiftung, das Ideengut der „Konservativen Revolution“ und führte deutsche Rechts-Autoren wie Arnold Gehlen, Ernst Jünger, Konrad Lorenz und Carl Schmitt in deutschen Universitätsbibliotheken wieder ein. Mohler war es auch, wie Karlheinz Weißmann bewundernd zu dessen 65. Geburtstag schreibt, der als erster die Deutschen dazu aufforderte, „ihre Demuthaltung aufzugeben, den »Bewältigungsrummel« zu beenden und damit in die Politik und also auch in die Geschichte zurückzukehren“ (Criticon 88/1985, S. 59).

Mohler sprach in CRITICON, einem Strategieorgan, dessen Einfluß bis in rechtsintellektuelle Kreise um die Unionsparteien reicht, offen aus, was in dieser Deutlichkeit in der Zeitschrift bisher nicht gesagt wurde: „Die deutschen Konservativen werden auf die Dauer die Kampagne eines zeitgeschichtlichen »Revisionismus« nicht ignorieren können, welche seit Jahren schon eine kleine Schar von insbesondere angelsächsischen und französischen Autoren begonnen hat. Es geht dabei um mehr als bloße Retouschen an der bisherigen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und das Dritte Reich. Es seien nur die beiden wichtigsten Streitpunkte erwähnt. Erstens wird die Zahl von sechs Millionen umgebrachten Juden radikal angezweifelt; die als Korrektur angebotenen Zahlen sind sechsstellig. Zweitens geht es um die sogenannten Vergasungskammern.“

Rassistische Heilsbotschaften:

Kraft durch Runen

„Runen der Kraft, arische Zeichen, führt unsere Schlacht,
füllt unseren Geist!
Hisst die Fahne, hängt sie hoch...
Nichts wird mich stoppen bis ich sterbe!“
(Auszug aus dem Lied „Runes of Power“ (Runen der Kraft) der Neonazi-Skinband „Svastika“)

Lieder, Artikel, Seminare über Runen erfreuen sich in der neuheidnischen und/oder neonazistischen Szene einer zunehmenden Beliebtheit. Selbst auf den ersten Blick hin völlig Abwegiges wie Runen-amulette oder Runen für den heimischen PC stoßen auf ein kaufbegeistertes Publikum.

Für hartgesottene Runen-Fanatiker gibt es in Berlin zwei Organisationen, die die Anhängerschar unter ihrem Dach sammeln möchten: der „Bund der Runenforscher Deutschlands“ und der „Internationale Zentralverband Germanischer Runenforscher“ (IZGR).

Ideologisch knüpfen beide an die Wirrideen von Friedrich Bernhard Marby in den 20er Jahren an, die dieser auf der Lehre Guido von Lists entwickelte. Marby, so schreibt Stefanie von Schnurbein in ihrer Dissertation „Religion als Kulturkritik. Neugermanisches Heidentum im 20. Jahrhundert“ (Heidelberg 1992), verbreitete die Ansicht, „das Ziel der höchststehenden arischen Rasse müsse es sein, ihr Erbgut wiederzuerwecken, was nur über die germanischen Runen“ möglich sei.

Nach 1945 stellte Marby, der zeitweilig während der NS-Diktatur inhaftiert war, einen Antrag auf „Wiedergutmachung für die durch den Nationalsozialismus entstandenen Verfolgungs-, Haft- und Berufsschäden“. Das Landesamt für Wiedergutmachung, Stuttgart (22. Januar 1965; ES 718-II Xa/Bi), beantwortete den Antrag abschließend: „Es konnte nicht festgestellt werden, daß der Antragsteller von den NS-Machhabern als Gegner oder irrtümlich als Gegner des Nationalsozialismus“ angesehen wurde. Noch deutlicher wurde das Landesamt in einer vorläufigen Ablehnung vom 5. Juli 1958. Darin wurde die Entschädigung der Freiheitsentziehung mit der Begründung abgelehnt, „daß der Antragsteller durch seine rassepolitischen Schriften dem Nationalsozialismus Vorschub

geleistet“ habe. Aufgeführt wird in dem Schreiben, daß Marby von 1934 bis 1936 förderndes Mitglied der SS und bis 1937 Mitglied der Reichspressekammer war.

Marbys Lehre von der „Sicht und dem Standpunkt einer dem ur-arischen Gedankengut und seiner Pflege verbundenen Ethik“ wird heute von Rudolf A. Spieth, der sowohl dem „Bund der Runenforscher Deutschlands“ (BRD) als auch dem „Internationalen Zentralverband Germanischer Runenforscher“ (IZGR) vorsteht, fortgeführt.

„Wiedererweckung der arischen Rasse“

Bereits im sechsten Jahrgang erscheint die Zweimonatsschrift „Forschung-Erfahrung-Weisheit / Mitteilungen für Runenforscher“, die sich als „das unabhängige Fachorgan über alle Gebiete wissenschaftlicher und okkulten Forschung“ versteht. Seit 1992 werden die „Mitteilungen“, gemeinsam herausgegeben von BRD und IZGR, nur noch an Mitglieder verschickt.

Spieth, presserechtlich verantwortlich für das Blatt, verbreitet darin regelmäßig sein braunes Gedankengut. So sieht er die Deutschen als „die leidtragendsten Menschen, die der Zweite Weltkrieg hervorgebracht hatte“ an (Januar/Februar 1996). Auf das Schärfste wird Ignatz Bubis, der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland attackiert. Laut Spieth (August/September 1994) mische sich dieser „mit lautem Geplärre in sämtliche Belange und Interessen der Deutschen ein.“ In unerträglicher Weise hetzt der Runen-Apostel weiter gegen Bubis: „Er macht unsere Heimat - deutschen Grund und Boden unablässig zum Spielball seiner Interessen, die er dadurch wahrt, indem er Einladungen und Termine von Sympathisanten annimmt, die glauben und meinen, mit den von ihm fast täglich gebrachten Statements in unserem Lande eine jüdische >An-Klagemauer< errichten zu müssen.“

Neben der antisemitischen Hetze von Spieth sprechen Anzeigen von den rechtsextremistischen „Unabhängigen Nachrichten“ (Bingen), Buchempfehlungen für Werke des neurechten Burkhart Weecke-Verlags (Horn am Exernsteine) oder empfehlende Zeitschriftenhinweise, wie beispielsweise für das „Freie Wort Südwestfalen“ von Rüdiger Kashner (Hagen), eine deutliche Sprache.

Spieth, neuerdings Referent bei der „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände“ (ANSE) und Autor in deren Organ „Huginn und Muninn“, ist zugleich Inhaber des am 24. Juli 1969 gegründeten Spieth-Verlages, der sich als „legitimen Nachfolger“ des 1923 gegründeten Marby-Verlages erachtet.

Den Höhepunkt im Spieth-Verlag bildet das Buch „Jörg Lanz von Liebenfels und der neue Templer-Orden. Die Esoterik des Christentums“. Autor ist der 1985 in Wien verstorbene Automechaniker Rudolf J. Mund (1920 geboren). Mund, Träger des „Winkels für alte Kämpfer“, wurde unter der Mitgliedsnummer 6294383 zum 1. Mai 1938 bei Zuteilung zur Ortsgruppe Tobelbad II/SS „Der Führer“, Gau Steiermark, in die NSDAP aufgenommen. In esoterischen Kreisen, die dem Nationalsozialismus nahestehen, wurde Mund, ehemals SS-Untersturmführer, als Oberhaupt der von Lanz von Liebenfels ins Leben gerufenen antisemitischen Geheim-Sekte „Ordo novi templi“ (ONT-Neutempler-Orden) bekannt. Kontakte unterhielt Mund auch mit heute noch lebenden Auschwitz-Leugnern - wie dem flüchtigen Thies Christophersen. Nach dem Tode von Mund schrieb Adolf Schleipfer, Großmeister des rassistischen „Armanen-Ordens“ (AO), in seiner Hauszeitschrift „Irmisul“ (1/1985): „Wir verlieren in Mund (...) nicht nur einen bedeutenden Interpreten uralter Traditionen, sondern auch einen großartigen Hauden und Kämpfer für die Sache der Nordvölker“.

Friedrich Klein

Rassismus-Urteile

Neuenburg (Schweiz) - Erstmals seit Inkrafttreten der Antirassismus-Strafnorm (1. Januar 1995) sind in der Schweiz Herausgeber und Redakteure eines Skin-Zines wegen rassistischer Hetze und Leugnen des Holocausts verurteilt worden. Die beiden Hammer-Skinheads Pierre B. und Olivier K., verantwortlich für das Erscheinen des Zines „Mjölñir“, hatten im vergangenen Juli in einer fingierten Azeige den Holocaust geleugnet und in mehreren Texten rassistischen Haß verbreitet, beispielsweise von außereuropäischen Einwanderern und Einwanderinnen als „Ungeziefer“ geschrieben, das „an Europa nage“, dies weil das „internationale Judentum dem weißen Mann den ‘melting pot’ aufzwingen“ wolle. Der Neuenburger Polizeirichter verurteilte die beiden rassistischen Skins allerdings nur zu zwanzig Tagen Gefängnis mit Bewährung, obwohl diese - wie auch der Richter festhielt - „keine Reue gezeigt haben“.

H.S.

Zur Klarstellung:

Freundschafts- und Hilfswerk - Ost e.V.

Im BNR-Tagebuch vom 3. April 1996, Nr. 7, Seite 15 hatten wir bei einem Hinweis auf die Sympathie des Herausgebers des „Schlesiers“ für NPD und „Republikaner“ auch eine Anzeige des „Freundschafts- und Hilfswerks Ost e.V.“ erwähnt, das wir in diesem Zusammenhang als NPD-nah bezeichnet haben. Hierzu erreicht uns die Bitte des FHwO-Vorsitzenden, K. Hoffmann, um „Klarstellung“. Er läßt uns wissen, das FHwO sei „konfessionell und politisch völlig neutral... Wir haben Fördermitglieder aus allen Schichten des Volkes, auch aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands SPD. Wir arbeiten mit allen Deutschen zusammen, die unsere Aufgabe und Ziele unterstützen und es ist uns daher völlig egal oder, aus welcher politischen Richtung die einzelnen Förderer kommen“. Die Anzeigen im „Schlesier“ seien geschaltet worden wegen der günstigen Anzeigenpreise und der guten Resonanz.

Über die Gründung des „Freundschafts- und Hilfswerks Ost“ berichtet „Nation und Europa“ im Juli 1994: „... die Initiatoren wollen Landsleuten durch materielle und tätige Hilfe ihre Entscheidung zum Verbleib (in den alten Ostgebieten) erleichtern ... auch soll durch kulturelle Förder- und Austauschprogramme die friedliche Begegnung der Kulturen in Europa unterstützt werden“. Trotz dieser edelmütigen Einführung halten wir unsere Einschätzung aufrecht. Vereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hoffmann, Immobilienkaufmann, ist Stadtrat der NPD in seiner Heimatstadt Bad Bevensen. Er kandidierte zur Landtagswahl in Niedersachsen am 13. März 1994 auf Platz 2 des NPD-Wahlvorschlags und wird an anderer Stelle als „Mitglied des Parteivorstandes der NPD“ vorgestellt. Für seinen Verein wird nicht nur im „Schlesier“, sondern vornehmlich in der „Deutschen Stimme“ geworben, zwischen einem Angebot von „Mein Kampf“ zu 280 DM und der Mahnung „überlasse Deine Kinder nicht dem bösen Zufall, deshalb: aufwachsen in Kameradschaft mit Gleichgesinnten in der Wikinger-Jugend“. Dem SPD-Ortsverein Bad Bevensen ist nicht bekannt, daß seine Mitglieder Herrn Hoffmanns Verein unterstützen, was im übrigen unsere Einschätzung auch nicht ändern würde.

KHR

NPD-Nachwuchs im Aufwind

In Hamburg erschien kürzlich eine neue Ausgabe der Zeitschrift „Einheit und Kampf“. Zur Redaktion der aktuellen Ausgabe gehören neben dem Herausgeber und Hamburger Landesvorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Jan Zobel (19) der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel (25), Hildesheim, André Goertz (27) aus Hamburg und Andreas Storr (28), Berlin. Der ehemalige JN-Bundesvorsitzende und frühere Bundesvorständler des „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) Storr wird anstelle von Steffen Hupka (32) als Redaktionsmitglied geführt. Der JN-Bundessprecher Zobel und der Mitbetreiber der „Nationalen Infotelefon“ in Hamburg und Schleswig-Holstein Goertz gehörten ursprünglich der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) an. Jurastudent Goertz leitete neben der Bundesgeschäftsstelle den Hamburger Landesverband der FAP und fungierte bis zu seinem Parteiaustritt im Dezember 1994 als Leiter der Rechtsabteilung im FAP-Bundesvorstand.

Zu den Beiträgen der aktuellen Nummer 16 des „systemalternativen Nachrichtenmagazins“ gehört ein langer Artikel über den ehemaligen Bundesvorsitzenden der „Nationalistischen Front“ (NF) Meinolf Schönborn. Unter der Überschrift „Freiheit und Gerechtigkeit für Meinolf Schönborn“ solidarisiert sich „Einheit und Kampf“ mit dem verurteilten 40jährigen Neonazi Schönborn (vgl. BNR 24/95). Auch inhaltlich findet eine zunehmende Konvergenz zwischen Schönborns NF und den Kadern der „Jungen Nationaldemokraten“ statt. „Die NF-Strategie war ihrer Zeit voraus. Sie war durchdacht, nüchtern und nahm keine Rücksicht auf historische Vorstellungen, sondern zog eine Analyse der Gegebenheiten vor.“ Die Vorstellungen der als avantgardistisch begriffenen NF wurden „Anfang der 90er Jahre teilweise von Nicht-NF-Kadern übernommen oder in zum Teil anderer Form selbständig entwickelt. Heute bestehen unterschiedliche Ausprägungen und Stilrichtungen dieser Theorie, die zwar in mancher Hinsicht andere Schwerpunkte setzten, jedoch als Gemeinsamkeit alle die Forderung nach einer Systemalternative aufstellen. Die BRD ist nach dieser politischen Theorie nicht reformierbar, sondern muß als künstliches Nachkriegsprodukt ebenso untergehen wie die DDR.“ Ihre Bereitschaft zu terroristischen Aktivitäten dokumentierte die NF

1991 mit der von Schönborn angestrebten Aufstellung von „Nationalen Einsatzkommandos“ (NEK).

Zu den Inserenten in „Einheit und Kampf“ gehören unter anderem der Düsseldorfer „MZ-Vertrieb“ um Torsten Lemmer, der Freisinger Tonträgervertrieb („Spas durch Froide“) von Jens Pühse, der von der verbotenen NF zur JN gefunden hat, der Musikverlag von Dieter Koch, früherer Herausgeber von „Einheit und Kampf“, und der „Donner-Versand“ der beiden ehemaligen NF-Kader Harald Theodor Mehr und Stefan Haase.

„Einheit und Kampf“ erschien, im bescheidenen DIN A5-Format, erstmalig 1990. Bis 1994 fungierte „Einheit und Kampf“ als „Mitteilungsblatt des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (JN)“ respektive als „Stimme des Jungen Deutschlands“. Im Laufe der Jahre stieg die Auflagenhöhe der Zeitschrift immer weiter an. Die aktuelle Auflage von „Einheit und Kampf“ liegt, laut Eigenangabe, bei 4.500 Exemplaren. Der publizistische Aufschwung geht einher mit einer zunehmenden politischen Bedeutung der JN (vgl. BNR 8/96) im juvenilen rechtsextremistischen Lager. Infolge der Organisationsverbote seit 1992 schlossen sich verschiedene neonazistische Kader dem NPD-Nachwuchs an. Die JN-Mitgliedszahlen steigen, gegen den Trend der Mutterpartei NPD, der lediglich noch 3.346 Personen angehören, wieder an. Selbst ein Verbot der „Jungen Nationaldemokraten“ scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Sönke Braasch

HINWEIS

Vom 2. bis 4. Oktober 1996 führt das Fritz Bauer Institut in Zusammenarbeit mit dem Bankhaus Löbbecke & Co. ein Symposium zum Thema „Nach der Kristallnacht ... Juden und Judenpolitik in Frankfurt am Main 1938 bis 1945“ durch. Die Veranstaltung wird von der Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt, Linda Reisch, eröffnet. Veranstaltungsort ist das Philantropin, Hebelstraße 17, 60318 Frankfurt/Main. Anmeldungen sind bis 1. September zu richten an das Fritz Bauer Institut, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt, Tel. 069-975811-22; es wird ein Kostenbeitrag von DM 20,— erhoben.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Rechtsextremistische
Periodika in 1996**

„Nation+Europa“ 7-8/96, „Deutsche National-Zeitung“ 27-29/96 und „Junge Freiheit“ 29-30/96:

„Nation+Europa“ (NE) - 46. Jg. - 7-8/96;
Die Diktatur ist für Leitartikler Karl Richter Anmarsch. Der deutsche Staat versus die Justizgängele und unterdrücke in zunehmendem Maße abweichende Gesinnungen, wie am Beispiel des jüngst verurteilten revisionistischen Tübinger Verlegers Wigbert Grabert versucht wird darzustellen. Der deutsche Staat sei ein „kleingeistiger, ephemerer Gesinnungs-TÜV“. Über Justizwillkür gegenüber Holocaust-Leugnern läßt sich auch Werner Baumann aus. Insbesondere beklagt er die Strafbarkeit nicht nur der Leugnung sondern auch der Verharmlosung der NS-Massenmorde. Gefälscht werden dürfe nach Lust und Laune, man dürfe die Opferzahlen nach oben steigern „und aus sechs Millionen ... hundert Millionen Opfer machen“, nur leugnen oder „verharmlosen“ dürfe man nicht. Exemplarisch dafür sei der Fall des jüngst wegen Volksverhetzung abgeurteilten Publizisten und Verlegers Udo Walendy. NE-Dauer-Autor Franz Schönhuber „klagt an“, u.a. soziale Mißstände im Lande; rechnet dabei die Gehälter eines Ministerpräsidenten und eines Arbeitslosen auf (wohlgemerkt ist ja Schönhuber auch ganz ordentlich mit Pensionsansprüchen ausgestattet). Die Juden sind im übrigen laut Schönhuber selbst an dem spürbarer aufkommenden Antisemitismus schuld und zwar durch die „nahezu unerträgliche Präsenz der Herren Bubis, Friedmann und Co. auf den Fernsehschirmen“. Abhilfe ist hier für Schönhuber durch die deutsche Rechte vonnöten. Über die Rückgabe der von den Nazis requirierten jüdischen Eigentümer mokiert sich Peter Bochinski, ganze Firmen würden deshalb in Berlin liquidiert und das Personal entlassen. In Polen würde auch jüdischer Besitz zurückgegeben, während Deutsche leer ausgingen. Gerd Zikeli deckt den skandalösen Zusammenhang auf, daß es in Augsburg zwar ein Berthold-Brecht-Haus geben dürfe, aber in Bad Aibling künftig keine General-Dietl-Straße mehr, was selbstredend auf das Konto der Umerziehungs-Dogmatiker geht.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 25. Jg.;
Die „Meinungsknebelung“ für Revisionisten beklagt auch die DNZ; während Schwerkriminelle ungeschoren davon kämen, gingen die Staatsan-

waltschaften auf Weisung von oben mit unnachsichtiger Härte gegen Holocaust-Leugner vor (28/96). Ein Horrorszenario wird entwickelt ob der drohenden Einwanderung von „Südeuropäern, Vorderasiaten, Afrikaner usw.“. Selbst die Christdemokraten würden sich - zum Schaden des deutschen Volkes - mehr um Ausländer bemühen (27/96). Mit der Schlagzeile „Der Dachau-Schwindel“ bekundet die DNZ ihre Position zum Ausbau der KZ-Gedenkstätte Dachau (28/96). Keine Gnade kennt die Frey-Gazette in der Abrechnung mit den Autoren und Initiatoren eines Sammelbandes und der Ausstellung über die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht (28/96). Zum Thema Dachau „entlarvt“ die DNZ die Fälschungen der „antideutschen Meinungsindustrie (29/96). In Sachen Spanischer Bürgerkrieg, der vor sechzig Jahren begann, weiß die DNZ, daß die Franco-Truppen die Iberische Halbinsel gerade noch vor deren Einverleibung in das sowjetische Imperium retten konnten (29/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11. Jg.;

Als „Weg in den Gesinnungsstaat“ bewertet Roland Bubik die Entscheidung des Ullstein-Verlages, den strittigen Band 9 der Propyläen-Reihe neu bearbeiten zu lassen. Hier würde Geschichte „meinungsmäßig“ umgeschrieben, eine „neue Art von Totalitarismus“ durch die „selbsternannten Meinungswächter“ sei im Gange (29/96). In der gleichen Ausgabe die Rezension des Nolte-Werkes über „Die Deutschen und ihre Vergangenheiten“, worin Nolte die „Befreiung der Erinnerung von der Instrumentalisierung durch politische Zwecksetzung und damit ihre Freisetzung für die ‘Wissenschaft’“ fordere, ergo freie Bahn für Vergangenheitsrelativierung (29/96). Die Meinungsfreiheit bedroht sieht JF-Chefredakteur Dieter Stein, der Richtungswechsel im Ullstein-Verlag sei der „vorausseilende Vollzug eines linkstotalitär-‘antifaschistischen’ Konsenses“, die Kampagne gegen den umstrittenen Richter Orlet im vergangenen Jahr symptomatisch für die mediale Hinrichtung eines Juristen, der Courage zeigte (30/96). Für JF-Interviewpartner Helmut Schröcke, Initiator des revisionistischen „Appell der 100“ ist das Meinungsklima „bereits viel schlimmer als in den letzten beiden Jahren des Dritten Reiches“. Voll in die Bresche springt die JF für die Holocaust-Leugner, die den „den Repressalien amtlicher Gesinnungsschützer“ ausgesetzt waren. Passend dazu die Pankraz-Kolumne, die hinsichtlich des Ullstein-Verlags von einer „Art zweiten Bücherverbrennung“ spricht (JF 30/96).

BÜCHERSCHAU

Träger rechtsextremer Ideologien

Rechtsextremismus artikuliert sich nicht nur in Gestalt von Gewalttaten oder Parteien, sondern in vielfältiger Form. Diese Komplexität rekonstruieren will der von Richard Faber, Hajo Funke und Gerhard Schoenberger herausgegebene Sammelband „Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt“. Er enthält 17 Aufsätze von Journalisten und Wissenschaftlern, die im Zusammenhang mit einer Ringvorlesung und einem Symposium an der Freien Universität Berlin entstanden.

Inhaltlich geht es zunächst um das rechtsextreme Syndrom mit einer Zwischenbilanz zum Rechtsextremismus, die These vom „Extremismus der Mitte“, die Frage des politischen Umgangs mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie das Verständnis von jugendlichem Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Problem. Sodann werden rechtsextreme Gewalt und ihre Träger abgehandelt, wobei es um rechtsextreme Jugendliche am Rand der Gesellschaft, die sozialtherapeutische Sicht des Rechtsextremismus, rechtsextremistische Jugendgewalt im Land Brandenburg und das Handeln in der Schule gegen Rechtsextremismus geht. Dem folgt das umfangreichste Kapitel mit Ausführungen zu rechtsextremen Ideologien und ihren Autoren: Hier werden aufgezeigt die Entwicklung der „Republikaner“, die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ als Blockadebrecher der „Neuen Rechten“, der geisteswissenschaftliche Revisionismus des Ernst Nolte, die Sicht der indogermanischen Urgeschichte durch die französische „Neue Rechte“, neugermanisch-heidnische Gruppierungen zwischen New Age und Rechtsextremismus, ökologische Denkfiguren in rechtsextremistischer Ideologie, rechtsextremistische Poststrukturalismus-Rezeptionen, Ernst Jüngers Wirkung auf die „Neue Rechte“ und der Typus des „(Anti-)Intellektuellen. Im Anhang ist der Aufruf europäischer Intellektueller „Appell zur Wachsamkeit“ gegen die

französische „Neue Rechte“ und das Plädoyer von Micha Brumlik zur Bürgerrechtsbewegung in Deutschland“ dokumentiert.

Die Aufsätze sind von Methode und Thema verständlicherweise unterschiedlich, so daß sich aus ihnen weder ein einheitliches Ergebnis noch eine einheitliche Beurteilung ableiten läßt. Einige Beiträge verstören durch Unkenntnis in Detail-, aber auch in Grundsatzfragen. Zwei Beispiele: Hilde Schramm geht davon aus, daß „der Begriff ‘rechtsextrem’ in der Politik reserviert ist für Parteien, die als verfassungsfeindlich verboten sind“ (S. 139), eine Auffassung, die falscher kaum sein kann. Jost Wippermann nennt in dem Aufsatz über die „Junge Freiheit“ sieben Personen als Redakteure der Zeitung (S. 166), von denen allerdings zur Zeit der Abfassung des Beitrags nur drei Redakteure waren. Derartige, nicht selten vorkommende Fehler sollten doch bei einem so sensiblen Thema vermieden werden. Das gilt auch für Pauschalaussagen, wie etwa Hajo Funkes Formulierung, der frühere Innenminister Zimmermann habe sich bereits vor 10 Jahren „aus völkischen Gründen gegen Ausländer ausgesprochen“ (S. 21). Bei aller verständlichen Kritik an regierungsamtlicher Ausländerpolitik wird eine solche Einschätzung dem beschriebenen Phänomen wohl kaum gerecht. Andere Beiträge verdienen demgegenüber besondere Aufmerksamkeit, da sie Aspekte thematisieren, die bislang noch nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Rechtsextremismusforschung standen: Dazu gehört der informative wenn auch irritierend strukturierte Beitrag von Maurice Olender über die Interpretation der indogermanischen Urgeschichte durch die „Nouvelle Droite“, Stefanie von Schnurbeins Untersuchung des ideologischen und organisatorischen Zusammenhangs von esoterischem New Age und völkischen Religionsgemeinschaften oder Diedrich Diedrichsens Aufsatz zur rechtsextremistischen Poststrukturalismus-Rezeption durch Intellektuelle wie Gerd Bergfleth oder Hans Jürgen Syberberg. In derartigen Beiträgen liegt die Würze des Bandes, der insgesamt aber eher ambivalent eingeschätzt werden muß.

Armin Pfahl-Traugbber

Richard Faber/Hajo Funke/Gerhard Schoenberger (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin 1995 (Edition Hentrich), 296 S.

BÜCHERSCHAU

**Herausforderung
der Vernunft**

Bereits seit vielen Jahren besteht ein wahrer Esoterik-Boom, dem Gerhard Kern und Lee Traynor mit ihrem Sammelband „Die esoterische Verführung“ ein Werk in aufklärerischer Absicht entgegen stellen wollen. Es enthält 17, mehrheitlich von Wissenschaftlern verfaßte Aufsätze, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten des Themas beschäftigen. Es geht dabei um Phänomene wie Astrologie, Elektrosmog, Erdstrahlen, Homöopathie, UFO-Glaube oder Wahrnehmungstäuschung. Darüber hinaus behandeln die Beiträge biologistische und rassistische Tendenzen in der Anthroposophie und im Ökofeminismus. Die Autoren und Herausgeber sehen in der Esoterik einen Angriff auf die Vernunft und auf die Freiheit des einzelnen Menschen: „Viele politische Kernaussagen sind durchaus kompatibel mit reaktionärem, ja sogar rassistischem Gedankengut. Die Verantwortung des Individuums wird durch esoterische Erklärungsmu-

ster auf Götter, Führer oder in den Kosmos verlagert und so Entscheidungskompetenzen abgegeben“ (S. 8).

Der Band beeindruckt durch seine Informations- und Materialfülle, die recht gut über den Hintergrund verschiedener esoterischer Phänomene Auskunft geben. Wie bei einem Sammelwerk verständlich, können hier und da Einwände formuliert werden, etwa wenn der Esoterik-Boom ökonomiezentriert aus der kapitalistischen Modernisierung abgeleitet oder die Homöopathie pauschal in diesen Zusammenhang eingeordnet wird. Besondere Beachtung verdienen die Beiträge, die auf einen Zusammenhang zwischen rechtsextremistischen Ideologieelementen und esoterischen Orientierungen hinweisen. Inwieweit hier Mobilisierungsmöglichkeiten oder organisatorische Verbindungen bestehen, wird allerdings nicht gesondert thematisiert.

Armin Pfahl-Traughber

Gerhard Kern/Lee Traynor (Hrsg.), Die esoterische Verführung. Angriffe auf Vernunft und Freiheit, Aschaffenburg 1995 (IBDK Verlag), 381 S., 36 DM

Tagebuch

Bonn - Der Anhang der NSDAP/AO beläuft sich nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden auf ungefähr 100 Personen. Um eine strukturierte Organisation handele es sich allerdings nicht, berichtete die Bundesregierung in ihrer Antwort (13/4801) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (13/4638). Von Mitgliedern im herkömmlichen Sinne könne deshalb nicht gesprochen werden.

Bonn - Dem Bundeskriminalamt sind für den Monat Mai insgesamt 152 fremden- und ausländerfeindlich motivierte Straftaten gemeldet worden, 28 Personen wurden verletzt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS hervor. Im April wurden insgesamt 161, im März 172 und im Februar 141 fremdenfeindlich motivierte Straftaten registriert.

Berlin - Im Frühjahr kommenden Jahres soll die „Republikanische Jugend“, die Jugendorganisation der REP (Bundesgeschäftsstelle: Berlin) aus der

Taufe gehoben werden. Mit den Vorbereitungen der Gründung wurde der REP-Landesjugendvorsitzende von Baden-Württemberg, Fredric Heinemann (Sysop der REP-Mailbox Filder BBS in Neuhausen auf den Fildern >Kreis Esslingen<), vom REP-Parteibundesvorstand beauftragt.

Bremen - Die rechtsextremen „Republikaner“ in Bremen dürfen sich nicht länger als „die ‘CSU’ des Nordens“ bezeichnen. Das Landgericht Bremen hat eine entsprechende Unterlassungsklage der bayerischen CSU zugunsten derer entschieden. Die REP hatten im Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaft im September 1995 mit solchen Parolen für sich geworben. Die CSU sah darin einen Mißbrauch ihres geschützten Namens und eine „erhebliche Rufbeeinträchtigung“.

Cloppenburg/Hannover - Die niedersächsischen „Republikaner“ haben einen neuen Landesvorsitzenden. Auf dem REP-Landesparteitag am 18. Mai wurde der Oberstudienrat Peter Lauer aus Hannover zum Nachfolger des seit Februar 1990 amtierenden Landesvorsitzenden Werner Haase gewählt. Haase war aus beruflichen Gründen von

seinem Amt zurückgetreten. Zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 15. September wollen die REP „in möglichst vielen Kreisen und Gemeinden als politische Alternative“ antreten.

Dortmund/Rom - Wegen seiner Beteiligung an dem SS-Massaker in den Adreatinischen Höhlen in Italien 1994 hat das Amtsgericht Dortmund Haftbefehl gegen den früheren SS-Angehörigen Karl Hass erlassen. Nach Angaben der Zentralstelle für Verfolgung von NS-Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund lautet der Haftbefehl auf Beihilfe zum Mord. Die Justizbehörden prüfen derzeit ein Auslieferungsbegehren an Italien. Hass hatte nach Kriegsende unter falschem Namen in Italien gelebt. Beim Priebke-Prozeß in Rom war Hass - nach seinem Fenstersturz im Krankenhaus vernommen - als Zeuge geladen gewesen. Dabei gestand er, zwei Geiseln erschossen zu haben.

Dresden - Die neuheidnische Vierteljahresschrift „Zeitenwende“ (Sitz: Dresden) wird „auf Grund der Intoleranz und des „Unverständnisses gewisser politischer Kreise und Staatsdiener“ (Rundbrief des Verlages vom Juli) eingestellt. Als Autor des Blattes trat mehrfach Werner Haverbeck, einst NSDAP-Funktionär, Begründer und Leiter des „Reichsbundes Volkstum und Heimat“ (1933-1935) sowie Vertrauter von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß, in Erscheinung.

„Zeitenwende“ (vgl. BNR 7/1996, S. 8) will den Kontakt zu seinem Kunden- u. Leserkreis auch nach Einstellen des Blattes nicht verlieren. Dieser soll künftig kostenlos mit einem Rundbrief beliefert werden. Noch in diesem Sommer soll im „Verlag Zeitenwende“ das Büchlein „Volk oder Kirche? Die Königin Mathilde in dem Spannungsfeld“ von Walter Drees, Mitglied der „Deutschen Gildenschaft“ und Pressebeauftragter der „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde e.V.“, erscheinen. Die Schrift, so „Zeitenwende“, zeige, „daß wir Deutschen unsere erste deutsche Königin Mathilde als die Mutter des deutschen Volkes gehen und verehren müssen.“

Hessisch-Lichtenau - Der notorische Rechtsextremist Wolfgang Juchem (geb. 1940), einst Mitglied der „Deutschen Volksunion“ (DVU), hat dieser Tage seinen „Halbjahres-Rundbrief“ an die „Kameradinnen und Kameraden“ seiner „Aktion Freies Deutschland“ (AFD; Sitz: Hess.-Lichtenau) verschickt. Wie bei vielen rechtsextremen Postillen üblich, bittet auch Juchem um Spendengelder; nur wenn Spenden eingingen, sei „Deutschland

nicht verloren“. Juchem, der sich in seinem Rundbrief selbst überschwänglich lobt („Woche für Woche bin ich mit Vorträgen und Flugblattaktionen in ganz Deutschland unterwegs“) bejubelt, daß sein „demokratisch-patriotischer Freundeskreis“ zur kommenden Jahreswende bereits seit 20 Jahren bestehe. An Gleichgesinnte appelliert Juchem: „Darum rufen wir alle demokratischen Patrioten, Parteien und Organisationen auf, endlich eine geeinte, überzeugende Alternative zu dem Bonner Zerstörungskartell zu bilden und dem wachsenden Chaos mit Tatkraft entgegenzutreten!“

Karlsruhe/Berlin - Der Neonazi Bela Ewald Althans ist wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener sowie Beleidigung rechtskräftig verurteilt. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die Revision des medienerprobten Vorzeige-Rechtsextremisten gegen das gegen ihn am 29. August 1995 ergangene Urteil des Berliner Landgerichts zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren verworfen. Die Rechtsmittel Althans' - Hauptdarsteller des umstrittenen Films „Beruf Neonazi“, in dem seine Aussagen dokumentiert sind - gegen seine Verurteilung sind mit der BGH-Entscheidung erschöpft.

Kassel - Das vielfach zu Unrecht totgesagte „Thule-Seminar“ (Untertitel: „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.; Sitz: Kassel) hat unlängst in einer umfangreichen Broschüre die Namen von ideologischen Weggefährten (die „Neue Kultur“) in Europa bekanntgegeben. Demnach ist die „Neue Kultur“ in folgenden Ländern vertreten: Belgien/ „Orientations“ von Robert Steuckers, „L'Anneau“ und „Europe-Nouvelles“ von Ralf van der Haute, „Teksten“, „kommentaren en studies“, von Luc Pauwels, England/ „The Scorpion“ von Michael Walker, Frankreich/ „Elements“ von Charles Champetier, „Nouvelle-Ecole“ von Alain de Benoist, Italien/ „Trasgressioni“ von Marcho Tarchi, „Elementi“ von Mario Cavani, Portugal/ „Futuro Presente“ von Jaime Nogueria Pinto, Spanien/ „Tribuna de Europa“ von Juan Llopart Senent, Rußland/ „Elementy“ von Alexander Dugin, Schweiz/ „Avalon“, „Thule-Centre national de la pensee europeenne von Pascal Junod. Darüber hinaus, so das „Thule-Seminar“, begannen die „Europäischen Synergien“ eine Plattform zu bilden, die eine Erweiterung nach Osteuropa vorbereite.

Kiel - Mit dem Motto „Gleichgestellt mit den Männern. Gemeinsam und nicht gegeneinander“

suchen die „Republikaner“ weibliche Sympathisanten für ihren „Republikanischen Bund der Frauen“ (RBF; Jahresbeitrag: DM 30,-). In einer Selbstdarstellung des am 26. August 1995 in Wiesbaden gegründeten RBF, dem Ingeborg Akkermann (Kiel) vorsteht, wird der Bund als eine „politische Vereinigung“ definiert. Gefordert wird, daß Frauen „die Möglichkeit“ gegeben werden soll, „aktiver an der politischen Willensbildung mitzuwirken und gerade bei Themen aus der Frauen- und Familienpolitik eigene Lebenserfahrungen und Vorstellungen mit einzubringen.“ Der Eigendarstellung ist auch zu entnehmen, daß der „Republikanische Bund der Frauen“ über 70 Prozent „weibliche Mitglieder“ habe, die restlichen 30 Prozent der REP-Frauenorganisation (Eintrittsalter ab dem vollendeten 18. Lebensjahr) müssen damit Männer sein! Ingeborg Akkermann, stellvertretende Schriftführerin im REP-Bundesvorstand, stehen zur Seite: Claudia Kübel, geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende, und die stellvertretenden Vorsitzenden Sabine Johnson und Ute Behrens (beide Beisitzerinnen im REP-Bundesvorstand). Geworben wird für den RBF u.a. im rechtsextremen Nachrichtendienst DESG-inform.

London (Großbritannien) - Die War Crimes Unit in Scotland Yard sucht weltweit den in England geborenen Thomas Heller Cooper (76) wegen grausamster Verbrechen gegen Hunderte von Juden, Ukrainer und Polen. Anlaß ist der jüngst veröffentlichte Lebenslauf von Cooper, der mit Hilfe von jetzt zugänglichem Archivmaterial der britischen Immigrationspolizei zusammengestellt worden ist. Cooper, der als Sohn eines mit einer katholischen Deutschen verheirateten Engländerin in London heranwuchs, begab sich vor dem II. Weltkrieg nach Deutschland und wurde nach Kriegsbeginn als einer der brutalsten SS-Oberscharführer bekannt („tätig“ u.a. in Krakau, Warschau, Dachau). 1945 wurde Cooper verhaftet und war bis 1953 inhaftiert. Seine Rolle bei der Ermordung von Juden wurde nun erst bekannt.

Lüdenscheid - Die aktuelle Ausgabe des neonazistischen Periodikums „Widerstand. Zeitung der volkstreuen Deutschen“ (vgl. BNR 5/96 + 8/96) ist jüngst erschienen. Die Auflage der Vierteljahresschrift im DIN A5-Format liegt, nach Eigenangabe, mittlerweile bei 4.000 Exemplaren. Herausgeber ist eine „Redaktionsgemeinschaft ‘Widerstand’“, die presserechtliche Verantwortung liegt bei dem ehemaligen Kader der illegalen „Nationalistischen Front“, Harald Theodor Mehr

(26). Interviewpartner der aktuellen Nummer 4 ist der Österreicher Peter Kurt Weiss (47), Führer des „Bürgerschutz Österreich“ (BSÖ). Ein Schwerpunktthema ist die Frage nach der NPD und ihrer Jugendorganisation, denn die „Nationaldemokraten“ erfreuen „sich dank verschiedener Vereins- und Parteienverbote seitens des Systems (NF, NO, FAP, NL usw.) wieder verstärkter ‘Beliebtheit’ im sog. nationalen Lager.“ Daneben wird für die Mailboxen des „Thule-Netzes“ geworden. In der Rubrik „Nachrichten aus der ‘Szene’“ finden sich Hinweise auf Veranstaltungen, Periodika, Organisationen und Ereignisse aus der gesamten rechtsextremistischen Szene. Zentral angekündigt wird der diesjährige „Rudolf Heß-Gedenktag“, der für Samstag, den 17. August terminiert ist. Als Veranstalter tritt ein „Aktionskomitee Rudolf Hess“ in Erscheinung. Koordiniert werden die Aktivitäten über die „Nationalen Infotelefone“ Rheinland und Sauerland sowie im „Thule-Mailbox-Netz“.

München - Der FZ-Verlag des Münchner Verlegers Dr. Frey würdigt den 80. Geburtstag des von Hitler höchstdekorierten, Ende 1982 verstorbenen Wehrmachtsoffiziers Hans-Ulrich Rudel in seiner geschäftstüchtigen Art. Er bietet eine Hans-Ulrich Rudel-Medaille und eine Rudel-Gedenkmedaille an, und dies zu Vorzugspreisen.

Für die alljährliche DVU-Kundgebung rührt Dr. Frey in seinen Gazetten eifrig die Werbetrommel. Die Anhänger werden aufgefordert, der DVU eine „gezielte Passau-Solidaritätsspende“ zukommen zu lassen. Frey weist gleichzeitig darauf hin, daß die „sensationelle Gästeliste“ für die 1996er-Kundgebung „erst kurz vorher bekannt gegeben werden“ könne.

München - In der aktuellen Ausgabe 3/96 des „Witikobriefes“ findet sich unter den Mitgliedern des revanchistischen „Witikobundes“ auch Ilse-Carla Salm (84) aus Starnberg. Salm war 1994 Preisträgerin des vom Konvent des „Studentenbundes Schlesien“ (SBS) um Hans-Michael Fiedler (52) vergebenen „Schlesischen Kulturpreis der Jugend“ (vgl. BNR 4/95). Ihr Vorgänger als Preisträger war der 32jährige braune Barde Frank Rennicke. In der Nummer 3 des „Witikobriefes“ findet sich auch ein Nachdruck der revisionistisch ausgerichteten, in der FAZ veröffentlichten Anzeige „Appell der 100. Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!“ vom 17. Mai dieses Jahres. Zu den Unterzeichnern zählen verschiedene Mitglieder des „Witikobundes“. Das angegebene Spendenkonto



Adresse:

bei der Volksbank Nürtingen (Kreis Esslingen) gehört dem dort ansässigen „Arbeitskreis Südwest“ (ASW), der eng mit dem „Deutschen Seminar e.V.“ (vgl. BNR 14/95) und dem „Witikobund e.V.“ (vgl. BNR 10/95) zusammenarbeitet. Der langjährige ASW-Geschäftsführer und ehemalige baden-württembergische NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Rolf Kosiek (61) ist Mitglied des „Witikobundes“.

Die diesjährige Jahrestagung des „Witikobundes“ soll vom 27. bis 29. September in Naumburg/Saale (Sachsen-Anhalt) stattfinden. Auf dem Programm stehen unter anderem Neuwahlen des Vorstandes und Satzungsänderungen. Als Vorsitzender des „Witikobundes“ fungiert seit 1990 Dr. Walter Staffa (78). Die Schriftleitung des „Witikobriefes“ obliegt noch immer dem ehemaligen Redakteur der „Jungen Freiheit“ Hans-Ulrich Kopp (33), Starnberg.

Osnabrück - Auf 2 Seiten wird in der Juni-Ausgabe der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ (herausgegeben vom Osnabrücker Munin-Verlag) der 90. Geburtstag des einstigen SS-Brigadeführers und Generalmajors der Waffen-SS, Heinz Harmel (geb. am 29. Juni 1906 in Metz/Lothringen), gefeiert. Harmel, dem als 296. Soldaten das Eichenlaub zum Ritterkreuz verliehen wurde, war Gründungsinitiator des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der HIAG, erster Landesvorsitzender und amtiert heute als erster Ehrenvorsitzender der HIAG NRW.

Pfaffenhofen (Bayern) - In einer „Edition Coko“ im bayrischen Pfaffenhofen erscheint nunmehr bereits im 8. Jahrgang die Zweiwochenschrift „Gegengift“ (Untertitel: Zeitschrift für Politik und Kultur“). Veröffentlicht werden Kommentare, Essays, Buchbesprechungen, Filmkritiken und Glossen. In der neurechten Zeitschrift, die ihre Leser im intellektuellen-Spektrum sucht, greifen u.a. Klaus Rainer Röhl, Heimo Schwilk und Ulrich Schacht zur Feder. „Gegengift“ ist im Abonnement und in ausgewählten Buchhandlungen erhältlich. Geworben wird für das Blatt u.a. in der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“.

Suhl (Thüringen) - Zum 35. Jahrestag des Mauerbaus findet am Samstag, den 10. August in Suhl eine „überparteiliche Gedenkdemonstration“ statt. Treffpunkt ist um 13.30 Uhr an der Hauptpost/Kreuzkirche. Als Redner sind die REP-Hardliner und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Rudolf Krause und Ottmar Wallner geladen.

Tokio (Japan) - Das japanische Justizministerium hat das Verbot der AUM-Sekte beantragt. Nach Ansicht der Ministeriumsabteilung für öffentliche Sicherheit hält die Sekte unverändert an ihrer Ideologie fest und stellt nach wie vor eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar. In Japan gibt es dafür ein Gesetz aus dem Jahr 1952, das bislang jedoch nie zum vollständigen Verbot einer Organisation führte. Die AUM-Sekte verfügt in Japan trotz Bankrotterklärung nach wie vor über 8.000 Anhänger. Der Sektenchef Ashara soll den Giftgasanschlag auf die Tokioter U-Bahn angeordnet haben, bei dem zwölf Menschen starben und 5.000 verletzt wurden.

Vienenburg (Niedersachsen) - Runenringe, Runependel, Anhänger (Odin, Sleipnir, Geri und Freki), Wikingermesser, Wikingerschwerter, langobardische Lanzen, Thorshämmer, Kultmesser, Broschen mit keltischen Motiven usw. bietet der „Thors förlag“ von Harry Radegeis (Vienenburg/Niedersachsen) in einem umfangreichen Katalog interessierten neuheidnischen Kunden an. Radegeist, der als „weltanschaulicher Vordenker der neugermanischen Szene“ (Stefanie von Schnurbein) fungiert, ist Gründer der deutschen Thors-Wikinger (1985) und war einst beim neogermanischen „Armanen-Ordens“ (AO) und bei der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) beheimatet.

Warschau (Polen) - Der jüdische Friedhof in Warschau ist Anfang Juli geschändet worden. Nach Angaben einer polnischen Rundfunkanstalt wurden dabei 60 Grabsteine umgestoßen.

Wien - Der Verfassungsgerichtshof in Wien hat eine teilweise Wiederholung der österreichischen Parlamentswahlen vom vergangenen Dezember angeordnet. In zwei Wahlkreisen waren für das Gericht Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Die rechtsgerichteten „Freiheitlichen“ könnten dadurch von der ÖVP ein Mandat mehr erhalten. Die Haider-Partei hatte gegen Wahlen in insgesamt 55 Fällen Einspruch beim Verfassungsgericht erhoben.